

Antrag: Sofortiger Waffenstillstand und Stopp der deutschen Unterstützung für den Krieg in Gaza

Wir erleben derzeit eine neue Eskalationsstufe in einem Konflikt, der bereits seit über 76 Jahren eine Spur der Gewalt durch Palästina und Israel zieht. Die Massaker der Hamas und anderer Organisationen in Israel vom 7. Oktober 2023 und der rücksichtslose Krieg des israelischen Staates in Gaza nicht nur gegen die Hamas, sondern auch gegen die palästinensische Zivilbevölkerung, erschüttern uns zutiefst. Wir sprechen allen Opfern und ihren Angehörigen unser tiefstes Mitgefühl aus. Das Töten muss sofort gestoppt werden. Es muss endlich ein Frieden gefunden werden, der auch die Rechte der Palästinenser*innen berücksichtigt. Anstatt den dafür notwendigen Druck auf die israelische Regierung auszuüben, macht sich die deutsche Bundesregierung durch ihre diplomatische und militärische Unterstützung an den von israelischer Seite begangenen Verbrechen mitschuldig.

Die Linke Berlin Mitte fordert

1. einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand als Vorbedingung für alle weiteren Verhandlungen,
2. die Bundesregierung auf, Rüstungsexporte nach Israel sofort einzustellen,
3. die Bundesregierung auf, die juristische Unterstützung der Kriegspartei Israel vor dem IGH einzustellen,
4. die Bundesregierung auf, die diplomatische Rückendeckung Israels für diesen Krieg vor der UN und anderswo einzustellen,
5. die Bundesregierung auf, den Zahlungsstopp an die UNRWA sofort aufzuheben und die Wiederaufnahme humanitärer Hilfeleistung in Gaza einzuleiten,
6. die unbedingt erfolgreiche Weiterführung der Verhandlungen in Katar über den Austausch von israelischen Geiseln und palästinensischen Gefangenen.
7. alle Genossinnen und Genossen auf, sich aktiv gegen die Kriminalisierung der Palästina-Solidaritätsbewegung in Berlin einzusetzen und fordert die Berliner Linksfraktion im Abgeordnetenhaus auf, sich für die demokratischen und verfassungsmäßig garantierten Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit stark zu machen,
8. alle Gliederungen, Mandats- und Amtsträger*innen unserer Partei auf, sich diese Forderungen zu eigen zu machen und sie öffentlich aktiv im Parlament, gegenüber Medien und Bürger*innen und in ihrer politischen Arbeit zu vertreten.

Wir bekennen uns zum Recht des palästinensischen Volkes, Widerstand zu leisten, gegen die Unterdrückung, Entrechtung, Vertreibung, Besatzung und den Siedlungsbau und auf eine Zwei-Staatenlösung, die die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens eröffnet und dem Existenzrecht Israels und dem Existenzrecht eines souveränen palästinensischen Staates gleichermaßen Rechnung trägt.

Auch in Deutschland stehen wir solidarisch für das Recht der Palästinenser ein, für ihre Rechte und gegen den Krieg in Gaza zu protestieren. Wir verurteilen die massive staatliche Repression gegen Palästina-Solidarität und die zunehmende mediale Hetze gegen Künstler und Intellektuelle, die sich gegen den Gaza Krieg aussprechen. Unsere Solidarität gilt der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost.